

# Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erstheft täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis 20 Pf. ...



Infanteriepreis 80 Pf. ...

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt ...

Nr. 223.

Sonntag den 26. September 1920.

79. Jahrgang.

## Amthlicher Teil.

### Fettverteilung.

Auf den Abschnitt R der Landesfettkarte werden auf die Zeit vom 27. September bis 3. Oktober 1920 50 g Butter ausgegeben.

Die Krankenbutterkarten werden gleichfalls mit 50 g Butter beliefert.

Meißen, am 24. September 1920.

Nr. 1101 II O.

Kommunalverband Meißen-Land.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Am 24. September gegen Abend fand in Weiskitz die erste Sitzung der internationalen Finanzkonferenz statt, an der die deutschen Vertreter teilnahmen.
- An Deutschland erging eine Einladung zu einer Völkerbundausstellung in Paris, die sich mit Verkehrsfragen beschäftigen soll. Deutschland nahm die Einladung an.
- Der italienische Metallarbeiterverband hat mit 123 gegen 10 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der er das mit den Industriellen zustandegekommene Abkommen genehmigt und in der der Verband dem Verwaltungsrat das Vertrauen ausspricht.
- Der russische Armeeführer Dubjanski soll schwer verwundet sein.
- Die Berechnung eines Durchschnittsfalles beim Steuerabzug ist nach dem 30. September nicht mehr gestattet.
- Die Hochschule für Politik soll Ende Oktober in Berlin eröffnet werden.
- General Le Rond soll mit neuen Anweisungen nach Ober-Ost entsendet werden.

### Arbeitsdienstpflicht.

Die neuen Ideen, die heutzutage in Politik und Wirtschaft aufzufließen wie Blitze nach warmem Sommerregen, haben unweilich die allgemeine Aufmerksamkeit, zum mehr oder weniger alten Volkswort unserer öffentlichen Gedankenwelt zu führen. Das gilt auch von der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, mit der unser Reichswirtschaftsministerium sich gegenwärtig beschäftigt, als einem der vielen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Alle, für heute und morgen ist noch nichts zu besorgen. Doch kann es immerhin nichts schaden, sich mit den Überlegungen, von denen Herr Dr. Scholz geleitet wird, näher zu befassen. Ermutigend ist die Tatsache, daß Bulgarien, durch den Ausgang des Weltkrieges in seinen ganzen Existenzbedingungen gleichfalls schwer getroffen, frisch zur Tat geschritten ist. Es hat die allgemeine Arbeitspflicht von einjähriger Dauer für erwachsene Knaben, von halbjähriger Dauer für erwachsene Mädchen bereits eingeführt und handelt die erlassenen Bestimmungen, so viel hier darüber bekannt geworden ist, mit aller Schärfe und Entschlossenheit. Für die Nachahmung dieses Beispiels spricht in erster Reihe die Notwendigkeit verlässlicher Rikader Erziehung unserer Jugend. Gerade in den Jahren, in denen unsere Jugend dieser bedarf, entbehrt sie heute jede Aufsicht. Es ist infolge des Krieges ein Geschlecht herangewachsen, das sofort von der Schule in die Fabriken abwanderte und einer Justizlosigkeit überantwortet wurde, die sich in unserem öffentlichen Leben schwer genug fühlbar macht. Was also wäre wohl seltener und verdienstlicher als sie, bevor ihr Gewicht sich auf dem Markte des öffentlichen Lebens zur Geltung bringen kann, noch einmal in eine Schule der Pflicht, der Arbeit im Dienste der Allgemeinheit zu nehmen. Der Gedanke eines weiblichen Dienstjahres ist schon vor dem Kriege und besonders während der Kriegsjahre von den verschiedensten Seiten lebhaft verfochten worden. Jetzt kann er natürlich nicht mehr auf das weibliche Geschlecht beschränkt bleiben, weil die Militärdienstpflicht für Deutschland wenigstens der Vergangenheit angehört. Die Arbeit würde hauptsächlich zu organisieren und in der Industrie ebenso wie in der Landwirtschaft, im Handwerk wie im Haushalt zu leisten sein. Selbstverständlich würde auch neben der möglichen Förderung des geistigen und sittlichen Fortschrittes der Jugend einzuwirken, und die Kosten dieses massigen Erziehungswerkes würden, trotzdem es zum Teil mit produktiver Arbeit verbunden wäre, ungezählte Millionen erfordern. Aber ein Kapital, das der Gelandung unserer Jugend dienen soll, kann in keinem Falle verloren sein, während sich wohl begreifen läßt, daß die Aufkommen, die seit Jahre und Tag für unproduktive Formen der Arbeitslosenfürsorge ausgegeben werden, jedes Rabinetsmitglied mit großer Klarheit erfüllen muß. In der Tat will Herr Dr. Scholz das etwas städtische Problem innerhalb des weiten Rahmens der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in Angriff nehmen, wohl in der Hoffnung, daß es so eher vorwärts zu wägen sein wird, als wenn es für sich

allein bekämpfen würde, aber er zweifelt gewiß keinen Augenblick daran, daß auch so starke Widerstände nicht ausbleiben werden. Für die Aufhebung neuer Vorschriften sind die gegenwärtigen Verhältnisse nicht gerade besonders günstig, und man weiß zur Genüge, wie rasch das Schlagwort, daß neue Ausnahmegesetze im Werke seien, in den politischen Tagesstempel hineingemornt wird. Man hat auch nicht den Eindruck, daß die heutigen Staatsmänner die Entschlossenheit besitzen, das, was sie für richtig und für nötig halten, unter allen Umständen zu tun, auch auf die Gefahr hin, den Stier, der sich ihnen dabei entgegenstellen könnte, rücksichtslos bei den Hörnern zu packen.

Herr Dr. Scholz läßt auch bereits erklären, daß dieser ganze Plan zunächst nur von ihm für sehr erwägenswert gehalten werde, daß aber das Kabinett und die Gesamtregierung in seiner Weise damit befaßt worden sei. Das soll wohl genug. Bis auf weiteres werden uns höchst ungleich aktuellere Dinge noch ausreißend zu beschäftigen haben. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört allerdings mit dazu, aber ehe man auf diesem Gebiete von Berlin zu Latein fortschreiten wird, dürfte noch manche Kabinettskrise über uns hinweggehen.

### Präsident Millerand.

Fortsetzung der 61. hiesigen Gewaltvollteil. Die letzten Tage hatten bereits keinem Zweifel mehr Raum gegeben an der Sicherheit des Wahlsieges für den bisherigen Ministerpräsidenten der französischen Republik, Millerand wurde dann auch zu Versailles mit 695 von 893 abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang gewählt. Auf den Sozialisten Delors entfielen 69 Stimmen, die übrigen acrivollierten sich.

Alexandre Millerand ist 1859 geboren, wurde Rechtsanwalt, war sozialistischer Abgeordneter, 1899 zum erstenmal Minister, 1911 Kriegsminister, 1914 abermals und nach dem Rücktritt Clemenceaus Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, der entschlossene Vertreter kapitalistischer Ausnutzung des Krieges. Den gleichen Weg gedenkt er als Präsident zu verfolgen, dafür spricht der Wortlaut seiner Amttrittsrede: „Das siegreiche Frankreich muß seine Ruinen wieder aufbauen, seine Grenzen verfestigen, und um dies zu erreichen, muß es die vollständige Durchführung aller auf der Grundlage des Versailleser Friedensvertrags ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erlangen. Eine neue Parole ist ins Leben gerufen worden, die französische Demokratie muß im Einvernehmen mit ihren Alliierten über den Fortbestand und ihre weitere Entwicklung wachen. Der Präsident der Republik hat die besondere Aufgabe, unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kammer die Fortsetzung einer Außenpolitik zu führen, die unsern Sieges und unserer Toten würdig ist.“

### General Le Rond kommt zurück.

Neue Anweisungen. Nach von mehreren Seiten kommenden Nachrichten soll General Le Rond von Paris nach Oberschlesien zurückkehren, da der Votschafterrat keinen Anlaß zu seiner Entsendung gefunden habe. Trozdem werden für die nächste Zeit größere Veränderungen in der Verwaltung des ober-schlesischen Abteilungsgebietes erwartet. General Le Rond wird mit neuen Instruktionen nach Oberschlesien zurückkehren. Außerdem wird das englische Verlangen nach der variablen Aufteilung der Truppen berücksichtigt werden. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß in einigen leitenden Stellen der Interalliierten Kommission ein Personalwechsel eintritt wird. Die neuen Instruktionen der Votschafterkonferenz dürften sich vornehmlich mit der Zulieferung beschäftigen und auf eine unbedingte Parteilosigkeit hinwirken. Auch von deutscher Seite wird von einem Nachlassen der Spannung berichtet. Tatsache sei, daß das Verbreitertum und das Vandalentum jetzt noch einen Umfang hat, der weit über das normale Maß hinausgeht, aber es sei falsch, diese Nachwehen der politischen Karrieren heute noch als solche zu bewerten. Die politische Verwaltung des Landes gehe weiter. Der ländliche Grundbesitz der Provinz ist infolge

des ungenügenden Grenzschutzes und der polnischen Forderungen immer noch von verwilderten polnischen Banden überflutet; deren Absichten gehen aber nicht auf politische Ziele, sondern im wesentlichen auf Raub und Einbruch.

### Blutbad eines Franzosen in Opyeln.

Der Arbeiter Franzel wurde von einem französischen Soldaten auf der Rosenberger Straße erschossen. Franzel war auf dem Wege nach seiner Wohnung und benutzte einen weniger beleuchteten Weg. In der Dunkelheit fiel er mit französischen Soldaten zusammen. Es kam zu einem Wortwechsel, wobei ein französischer Soldat den Revolver zog und Franzel erschoss.

Gegen die Gewerkschaftsführer, die an der Einberufung der Protestversammlungen gegen die Verlegung der ober-schlesischen Zentralstrasse am 17. August teilgenommen haben, schwebt beim Interalliierten Sondergericht ein Verfahren.

### Der Rücktritt des Fürsten Gafeld.

Es kann nun als sicher gelten, daß der gemeldete Rücktritt des Fürsten Gafeld, des deutschen Kommissars für Oberschlesien, Tatsache werden wird. Von den genannten Nachfolgern, Graf Praschna, Prinz Ratibor und Dr. von Kieffeld, genügt letzterer als hervorragender Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse, besonders der wirtschaftlichen, meieres Vertrauen in den maßgebenden ober-schlesischen Kreisen.

### Welt-Kohlennot.

Unter dem Druck von Versailles und Spa. Der deutsche Reichstagsabgeordnete und Bergarbeiterführer Hue aus Essen sprach in Zürich auf Einladung der deutschen Handelskammer über die Versorgung der Welt mit Kohle. Er sprach die Hoffnung aus, daß der englische Bergarbeiterstreik nicht zum Ausbruch komme, da sonst England in den nächsten Wochen für die Weltkohlenversorgung ausscheidet. Für die außer ihm nur noch Deutschland in Frage kommt, denn die übrigens ganz geringen amerikanischen Lieferungen seien nur infolge der gegenwärtigen anomalen Lage möglich, und es sei beabsichtigt, sie im Winter einzustellen. Der Redner wies dann darauf hin, daß England 84%, Deutschland bisher aber nur 57% seines Friedensverbrauches an Kohlen decken konnte und außerdem noch das Abkommen von Spa ausführen müsse.

### Deutschland ist nicht mehr Herr seiner Kohle.

Gegenwärtig arbeiten von 470 000 Arbeitern 128 000 Arbeiter im Ruhrgebiet für die Entente, der täglich 77 Eisenbahnzüge zu 70 Waggons Kohlen zugeführt werden. Der französische Kohlenverbrauch sei nach den Angaben des französischen Arbeitsministers gegenwärtig mit 90% des Friedensbedarfes gedeckt, also bedeutend höher als der Englands. Frankreich häuft große Kohlenvorräte an. Der Redner appellierte an die volkswirtschaftliche Einsicht Frankreichs und hofft, daß diese die Bergarbeiter nicht zur Verpöndung treiben werde. In Oberschlesien sei durch die Wirren die Kohlenförderung zurückgegangen, wodurch besonders Italien leidet, dem ober-schlesische Kohle zugewiesen sei. Gelingen es nicht, eine rasche Klärung der

### ober-schlesischen Frage

herbeizuführen und die Arbeiterschaft zu beruhigen, so werde die Kohlenfrage verhärtet werden und Europa einem furchtbaren Winter entgegengehen. Unter dem Druck von Versailles und Spa kann der deutsche Bergarbeiter unmöglich arbeiten. Es müsse Gewißheit dafür geschaffen werden, daß nichts Unmögliches von den deutschen Arbeitern verlangt wird. Dann werden sie es an ihrer Bereitwilligkeit nicht fehlen lassen. Die Kette könne nur durch Entgegenkommen der Entente behoben werden. Durch die Kohlenkrise wird auch die Versorgung der neutralen Staaten, besonders die der Schweiz, betroffen. Hue vertritt schließlich den Standpunkt, daß der Abbau der Breite bei den Kohlen besinnen müsse.

### Hochschule für Politik.

Eröffnung der Vorlesungen Ende Oktober. Die Vorarbeiten für die Deutsche Hochschule für Politik sind jetzt so weit gefördert, daß die Vorlesungen in Berlin Ende Oktober beginnen können. Die Aufgabe der Hochschule für Politik soll sein, ein wichtiges Werkzeug für den geistigen Wiederaufbau Deutschlands zu werden und durch Lehre, Fortbildung und Arbeitsgemeinschaft der Verbreitung von staatsbürgerlicher Bildung und der Vertiefung des politischen Urteils zu dienen. Diese Aufgabe vereint hervorragende akademische Lehrer, frühere und aktive Staatsmänner, Führer des Wirtschaftslebens sowie der Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft, für die der Vorkurs von Friedrich Büttgen ist: „Im Hintergrunde all unserer Pläne liegt Deutschland.“ Im Verzeichnis der Dozenten und des Verwaltungsg